

ENTSCHEIDUNGEN VON LILLY UND BOEHRINGER SIND DEUTLICHE ALARMSIGNALE FÜR DEN STANDORT

05. Juni 2026

LVU-Präsident Heger: „Strukturelle Probleme kommen konkret in den Unternehmen an.“

Zu den aktuellen Investitionsentscheidungen bei Eli Lilly in Alzey sowie Boehringer Ingelheim sagt Johannes Heger, Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU):

„Die aktuellen Entscheidungen von Eli Lilly und Boehringer Ingelheim sind deutliche Alarmsignale für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Und sie stehen nicht isoliert. In der jüngeren Vergangenheit haben wir im Land eine Reihe von Entscheidungen erlebt, bei denen Investitionen zurückgestellt, Produktionen verlagert, Standorte überprüft oder Arbeitsplätze abgebaut wurden. Die strukturellen Standortprobleme sind damit nicht mehr abstrakt. Sie kommen konkret in den rheinland-pfälzischen Unternehmen an – bei Investitionen, bei Beschäftigung und bei industrieller Wertschöpfung.

Die aktuellen Vorgänge treffen auf eine sehr angespannte wirtschaftliche Lage im Land: Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsleistung sank 2025 preisbereinigt um 0,5 Prozent; im Produzierenden Gewerbe ging die Bruttowertschöpfung um 1,6 Prozent zurück. Besonders deutlich wird der Druck in der Industrie: Sieben der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten Umsatzrückgänge, darunter die Chemieindustrie als größte Industriebranche des Landes mit einem Minus von 3,5 Prozent. Wenn ausgerechnet hier Investitionen ausbleiben oder reduziert werden, trifft das nicht nur einzelne Unternehmen, sondern die wirtschaftliche Basis des gesamten Landes.

Deshalb muss Wettbewerbsfähigkeit jetzt politische Priorität haben. Der Auftrag an die Landesregierung ist klar: entlasten, wo das Land entlasten kann; beschleunigen, wo das Land beschleunigen kann; und wirtschaftsfreundlich handeln – nicht nur im Wirtschaftsministerium, sondern in allen Ressorts. Gleichzeitig muss sich Rheinland-Pfalz beim Bund mit vollem Einsatz für den Standort starkmachen. Viele Standortentscheidungen werden durch bundespolitische Rahmenbedingungen beeinflusst. Umso wichtiger ist, dass die Landesregierung in Berlin deutlich macht, was für Investitionen, Innovation und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz auf dem Spiel steht. Die Debatte um die Gesundheitsreform zeigt exemplarisch: Wer Unternehmen zusätzlich belastet und Planungssicherheit schwächt, gefährdet am Ende nicht nur einzelne Projekte, sondern industrielle

Wertschöpfung am gesamten Standort.

Genau deshalb lautet unser Leitgedanke: Wirtschaft first. Investitionen sind die Voraussetzung für Beschäftigung, soziale Sicherheit, Transformation und handlungsfähige öffentliche Haushalte. Wer einen starken Wirtschaftsstandort im Land halten will, muss Planungssicherheit schaffen, Belastungen vermeiden und Standortvertrauen stärken.“